

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 367.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 193.

Wesung-Preis für das und Beiblätter 20 Mark, das die drei Wochen 3 Mark für das Vierteljahr 6 Mark, für das Halbjahr 12 Mark, für das Jahr 24 Mark, für das Vierteljahr 6 Mark, für das Halbjahr 12 Mark, für das Jahr 24 Mark.

Zweite Ausgabe

Wesung-Preis für die fünfzehntägige Beilage oder den Mann für das 15 Monate 2 Mark, für das Halbjahr 6 Mark, für das Jahr 12 Mark, für das Vierteljahr 3 Mark, für das Halbjahr 6 Mark, für das Jahr 12 Mark.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 155.

Mittwoch 8. August 1900.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon Nr. 691.

Denkschrift.

Halle a. S., 8. August.

Der Kaiser wird am kommenden Sonnabend nach der Besichtigung der Truppenübungen bei Mainz mit der Kaiserin sich nach G. o. b. u. r. g. v. d. h. begeben und im dortigen Schloß übernachten. Für Sonntag, 12. ds. Mts. ist eine Besichtigung der Saalburg durch das Kaiserpaar und ein Besuch bei der Kaiserin Friedrich im Schloß Friedr. d. Hof in Friedr. d. Hof. Von Friedr. d. Hof wird das Kaiserpaar am 12. ds. Mts. Nachmittags die Rückreise nach B. i. l. g. o. l. m. s. h. e. antreten. Wie man ferner in Hannoverischen Mitteilungen wissen will, wird der Kaiser in nächster Woche dem Lebningsplatz des 10. Armeekorps bei Münster einen Besuch ablegen.

Ueber die Entsendung des Prinzen Heinrich nach dem ästhetischen Kriegsspielplatz verbreitet eine Korrespondenz eine Mitteilung, dahin gehend, daß der Prinz demnächst nach China abreisen werde. Es braudt wohl kaum herangezogen zu werden, daß jene Mitteilung, die in einem Teil der Presse übergegangen ist, keinerlei Unterlage hat. Schon mit Rücksicht darauf, daß Prinz Heinrich durch seine Eigenschaften als königlicher Prinz und Bruder des Kaisers in ein eigenartiges Verhältnis zu den Ministern der fremden Mächte in China kommen würde, erscheint die Werbung völlig ungläubwürdig.

Veränderungen im diplomatischen Dienst. Wie nach der „Nord. Allg. Zig.“ verläutelt, wurde an Stelle des zum Belandens in Ehrenruhm ernannten bisherigen ersten Sekretärs bei der Kaiserlichen Botschaft in St. Petersburg, v. L. i. d. i. r. s. k. u. n. d. v. g. e. n. d. o. r. f. f., der bisherige erste Sekretär bei der Botschaft in Wien, Legationsrat Graf von B. u. d. e. r., in gleicher Eigenschaft nach St. Petersburg versetzt, während der bisherige zweite Sekretär bei der Botschaft in Wien, Legationsrat Graf v. B. u. d. e. r., zum ersten Sekretär und der bisherige dritte Sekretär v. S. t. a. n. n. u. m. zum zweiten Sekretär bei derselben Botschaft ernannt worden sind.

Personalausstellungen. Wie aus Coburg gemeldet wird, ist der Herr Graf Carl v. D. u. r. in Vertretung des Adjutanten v. G. i. l. l. a. u. s. e. n. nach Potsdam abgereist. — Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf v. B. i. l. o. w., hat sich nach Nordsee begeben. — Dem Vize-Vize Oberregierungsrath Dr. S. i. n. g. e. l. e. r. in B. i. e. l. e. f. e. l. d. i. n. der Kronenorden erste Klasse verliehen worden. — Der preussische Geheimen Regierungsrath, Professor Dr. F. o. e. s. t. e. r. in Berlin und der Professor an der badischen technischen Hochschule, Hofrat Dr. F. o. l. d. in Karlsruhe, sind für die Dauer von mehreren fünf Jahren zu beiderseitigen Mitgliedern der Kaiserlichen Normal-Vergleichungskommission ernannt worden.

Mandatsrechtliche Mache. Von den Einzelregierungen werden gegenwärtig Erhebungen über die in den Kreisen der Handels- und Gewerbetreibenden herrschenden Wünsche bezüglich einer etwaigen Umgestaltung des Zolltarifgesetzes veranstaltet. Es war selbstverständlich, daß, nachdem der Zolltarif einer eingehenden Vorberatung im Reichswirtschaftlichen Ausschusse unterzogen und mit den verschiedenen, auf Zuwanderung sich beziehenden Sachverständigen durchgesprochen war, auch das kaiserliche Zolltarifgesetz in seinen Einzelheiten den sachverständigen Kreisen zur Begutachtung anvertraut werden würde. Das ist jetzt von der einen Regierung in der einen oder der anderen in der anderen Form geschehen, und sofort erbetet sich wieder in einem Teile der freiburgerischen Presse der bekannte Sturm der Entrüstung darüber, daß es auf eine Ueberumpelung einzelner Handelskreise abgesehen sei. Einem dieser Organe verleiht sich sogar zu der Aeußerung, daß die Anhörung doch nur pro forma geschehe, wenn es richtig sei, daß der Entwurf zum Zolltarifgesetz bereits feststehe. Nach dieser Theorie würde die ganze Anhörung der Tausende von Sachverständigen vor dem Reichswirtschaftlichen Ausschusse auch nur pro forma geschehen sein, wenn ein Entwurf zum Zolltarifgesetz schon als fertig fest, er würde den Beschreibungen zu Grunde gelegt. Der ganze Zweck der Erörterungen war aber, zu erfahren, welche Veränderungen von den Sachverständigen an dem Entwurfe gewünscht würden, und über diese Wünsche ist dann an den zuständigen Stellen beraten worden. Genau so verläuft die Sache mit dem Zolltarifgesetz. Ehe an Erhebungen in den Handels- und Gewerbetreibenden herangetreten werden konnte, mußte doch irgend ein Entwurf aufgestellt werden, auf Grund dessen die Fragen für die Entwürfe formuliert werden konnten. Damit, daß dieser Entwurf aufgestellt ist, ist doch aber nicht gesagt, daß er nun unverändert bleiben soll. Im Gegentheil, gerade die Ergebnisse der Erhebungen sollen darüber abgesehen, in welchen Punkten Veränderungen eingetretten haben. Auch der Entwurf zum Zolltarifgesetz ist zunächst den Einzelregierungen zur Begutachtung unterbreitet und erst mit dem daraus herorgegangenen Modifikationen dem Reichswirtschaftlichen Ausschusse und den Sachverständigen der einzelnen Berufswege vorgelegt worden. Man wird wohl nicht in der Annahme schweben, daß auch der Entwurf zum Zolltarifgesetz, bevor er den gesetzgebenden Instanzen unterbreitet werden wird, an den Reichswirtschaftlichen Ausschusse zur Begutachtung gelangen wird. Daß für diesen Entwurf nicht der gleiche Apparat wie für das Zolltarifgesetz in Bewegung gesetzt werden wird, erklärt sich wohl genügend aus der Berücksichtigung der in Betracht kommenden Verhältnisse. Nebenwells liegt nicht der mindeste Grund vor, die Gesetzgebungsorgane von der Form der Vorbereitungen des neuen Zolltarifgesetzes zu beunruhigen, und diese Beunruhigung ist lediglich freisinnige Mache, um von vornherein Mißtrauen gegen die Revision der bestehenden Handelsverträge zu

fließen und Mißstimmung gegen jeden Plan, die deutsche Landwirtschaft diesmal etwas gerechter zu behandeln, als es in den jetzt noch bestehenden Verträgen der Fall ist. Daß natürlich die Sozialdemokratie bei diesem wirklichen Kampfe mit dem freisinnigen Hand in Hand geht, ist klar. Erst in den letzten Tagen haben die Blätter der Linkspartei einen Artikel über den „neuen Zolltarif“ gebracht, der leichtgläubige Leser vielleicht zu der Annahme verleiten könnte, daß Beschlüsse über die Höhe der Zölle von irgend welchen maßgebenden Stellen bereits gefaßt worden seien. Das ist natürlich keineswegs der Fall, vielmehr schreiben die „Verl. N. N.“, scheinbar offiziös:

Zur Zeit unterliegen lediglich die durch Berechnung von Interessen und Sachverständigen gewonnenen Materialien der Prüfung, Prüfung und Bearbeitung. Es können auch vorläufig nur die in diesen Materialien enthaltenen Meinungen, Wünsche und Wünsche Gegenstand der Erörterungen zwischen den Einzelregierungen sein. Wenn sozialdemokratische Blätter als Neugierig glauben aufstehen zu können, daß in dem „Entwurf“ nur Verfügungen in „agrarischem“ und „hochschulwirtschaftlichem“ Sinne vorzuziehen seien, so darf nicht außer Acht gelassen werden, daß es hier um die von Interessenten geäußerten Wünsche handelt, die naturgemäß jurem nicht auf eine Herabsetzung, sondern auf Erhöhung der bestehenden Zölle gerichtet sind; die Erfüllung dieser Wünsche ist zu bemerken, daß speziell über Vorkerzölle eine Festsetzung von Sachverständigen im Reichsamte des Innern überhaupt nicht stattgefunden hat. In dem sozialdemokratischen Blatte werden ferner noch einige angeblich in Aussicht genommene technische Veränderungen des Zolltarifgesetzes erwähnt. Das aber irgend welche feste Festlegung auch in dieser Richtung noch keineswegs erfolgt ist, erhebt unter Anderem zur Genüge aus der gleichzeitigen in der Presse enthaltenen Mitteilung, daß der preussische Handelsminister schon erst in einem Mandatskreise an die Handelsvertreter der Kreise aufgeführt, zu den vom „Vorwärts“ herorgebrachten technischen Veränderungen des Zolltarif sich gutachtlich zu äußern. So lange die eingetragenen Neuerungen nicht vorliegen, kann selbstverständlich nicht von einem Beschluße der Reichsanlagen über die vorerwähnten Neuerungen die Rede sein.

Wir halten diese offiziöse Entgegnung für viel zu jährt und für geradezu überflüssig. Die Forderung der Landwirtschaft werden trotz aller lebenswichtigen Aufklärungen seitens der Regierungen dennoch niemals von ihrem törichten Gebahren abgelenkt, und sie verdienen wahrlich nicht, noch immer mit Wohlwollenden angefaßt und mit dem Worte „Wohlwollen“ versehen zu werden. Man sollte wenig und klar das Ding beim rechten Namen nennen, h. e. es offen aussprechen, daß die Machenschaften des Mandatskreises und ihrer Verbündeten, der Sozialdemokratie, eine blöde und lächerliche Mache sind.

Eine allgemeine Verfügung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forstverwaltung mit Rücksicht auf die Vorschriften in § 288 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für den Gerichtsbezirk der staatlichen Domänen, und Forstverwaltung, daß fortan von derartigen Mandatskreisen, mit welchen die Minister im Verzuge bleiben, vier vom Hundert für das Jahr Verzugszinsen erhoben werden, sofern nicht der Fiskus aus einem anderen Rechtsgrunde höhere Zinsen verlangen kann. In den Fällen, in welchen die königlichen Regierungen innerhalb ihrer Zuständigkeit nachstehende Mandatskreise nicht gegen die Verpflichtung zur Verzinsung der rückständigen Zahlungen verpflichtet, ist regelmäßig ebenfalls eine Verzinsung mit vier vom Hundert für das Jahr zu beantragen.

Im Monat Juli sind auf den deutschen Münzstätten an Reichsmünzen für 7934760 Mark Doppeltrommeln, sowie für 230593 Mark Kronen, und zwar sämtliche Goldmünzen auf 1000000000, geprägt worden, ferner für 285000000 Mark Reichsmünzen, für 52533770 Mark Halbmünzen, für 24663635 Mark Pfennigmünzen und für 10895333 Mark Eisenmünzen.

Wir geben ferner nach Berliner Blättern eine Meldung über den im Frühjahr stattgefundenen Aufstand der Maarsche in Ostafrika wieder, der damit endete, daß 19 Hauptlinge, die diesen aufständischen Stamm und den gleichfalls auf Veracht findenden Wamoihi angehörten, durch den Strang hingerichtet wurden. Wie die „Post“ erzählt, war die Thatsache der Hinrichtung der neunzehn Hauptlinge an unterrichteter Stelle bereits lange bekannt. Es handelte sich um die Befragung eines abgeleiteten Leibesreders der heidnischen Religion Wamoihi, der nur durch einen Zufall verurteilt wurde. Die Strafe des Urtheils war durch die Tücke und Verschlagenheit des Gegners geboten, und man zweifelt nicht daran, daß die Statuirung dieses Grempels die Eingeborenen von der Ausübung weiterer Verbrechen abhalten wird.

Der „Reichsanwalt“ veröffentlicht den zwischen dem Reichskanzler im Namen des Reichs und der Altengländischen Reichs-Oberstaatsanwaltschaft abgeschlossenen Vertrag über die Einleitung und Unterhaltung von Handelsverhandlungen mit Westafrika.

Die bisjährige sozialdemokratische Beilage ist auf den 17. September nach Mainz emigriert. Auf der Tagesordnung steht u. A. außer den üblichen Gegenständen die „Weltpolitik“, Reichstheater W. L. i. d. e. r. Dies ist ja nun todt. Wenn aber trotzdem die „Weltpolitik“ auf dem rechten Zuge verhandelt werden sollte, — na, da wird man ja eine Masse Unflath zu gewärtigen haben.

Liebkecht. Der bekannte sozialdemokratische Führer Wilhelm Liebkecht ist, wie bereits früh gemeldet, gestern Nacht in seiner Wohnung zu Charlottenburg, Kantstraße, im Alter von 74 Jahren gestorben.

Liebkecht ist Hesse von Geburt. Geboren 1826, studierte er in seiner Vaterstadt Gießen, in Marburg und Berlin Philosophie und Philosophie. 1848 nahm er an den Revolutionskämpfen Theil und er ist seitdem im Herzen Revolutionär geblieben. Nach seiner

Flucht lebte er längere Zeit in der Schweiz, dann in London, wo er durch eine Parodie des Schicksals Mitarbeiter der „Allgemeinen Zeitung“ in Augsburg, jetzt in München, war; auch der „Nordd. Allg. Zig.“ hat er lange Zeit angehört. In den 50er Jahren wozog er seinen Anlauf an den Kommunistenbund und Karl Marx; er ist auch zeitweilig Marxist geblieben. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt indes nicht auf wirtschaftlichem Gebiete; so kam es denn auch, daß er seinen Widerstand gegen die Kaiseranleihe des Kaiserthums unter der deutschen Sozialdemokratie erlosch. Seine Verantwortungsaufnahme und auch seine Redaktionsfähigkeit begann er in Sachsen. Wo eine sozialdemokratische Kundgebung möglich war, ließ Liebkecht sie vom Stapel gehen. So viel dieser Mann einmals für seine Partei bedeutete, so wenig war er für die Defensivität. Wie sich die Dinge in den letzten Jahren entwickelt haben, wird er jetzt nicht einmal in der Partei eine Stelle paratfinden.

Man kann der „M. Z.“ aufhören, wenn sie ihm folgenden Nekrolog zu Theil werden läßt:

Liebkecht besonders war es, der den deutschen Sozialdemokratie den vaterlandswidrlichen Charakter auftrug, daß durch den sie sich von allen ähnlichen ausführenden Parteibildungen so unendlich unterschieden. Auf dem nächsten Parteitag der Genossen wurde er über die „Weltpolitik“ sprechen. Man braudt nur einen Blick in den „Vorwärts“ zu werfen, um sich einen Begriff davon von dem Genusse zu verschaffen, den dieser Vortrag bereitet hätte. Mit Genosse Ludwig von der „Vorwärts“ eben noch darauf hin, daß die Genossen nun endlich beginnen, den Unabhängigkeitstagen gegen die fremden Mächte zu führen, und mit Verwunderung blickte er noch zu dem alten Kulturland auf, das eine auch der Qualität nach große Literatur bereits gehabt habe, als unzureichend sich in München niederzusetzen und aufzuföhren. Man trauerte über die Verhältnisse dieser alten Kultur in Frankreich und freudemüde über die Lage des führenden Blattes der „Arbeiter-Partei“ so wenig Verständnis zu haben wie für die Thatsache, daß in dem alten Kulturlande Jahr aus Jahr ein Aesthetische Junges sterben, und daß in seinem Lande die nach vielen Millionen zählende Arbeiterklasse einen so niedrigen Bildungsstand bezieht wie in China. Was nicht er, daß es schon vor 2000 Jahren eine reiche Literatur besaßen hat, wenn die Kultur heute noch in ihrer Lebensfähigkeit und in ihrem Wissen sich kaum von den todteligen Welterkenntnissen unterscheiden? Doch wir wollen mit dem alten Sonettliebhaber heute nicht weiter zechen.

Parlamentarische.

Für das durch den Tod des konstitutionellen Landraths v. Mantuffel erledigte Reichstagsmandat des Reichstages in Bonn-Oberbismarck ist der Landtagsabgeordnete Reichstagsabgeordnete Dr. v. B. r. a. e. t. o. r. i. u. s., der ebenfalls erledigte zweite Landtagsabgeordnete Reichstagsabgeordnete v. W. a. l. t. e. n. i. c. h. in Sletlin als Kandidat aufgestellt.

Der Krieg in China.

In vergangener Nacht hat nun auch der englische Unterstaatssekretär Brodrick beim Schluß der Unterhandlung offiziell bekannt gegeben, daß er ein Telegramm des britischen Konsuls in Tientsin erhalten habe, wonach der Vormarsch der vereinigten Truppen in der That am 4. August begonnen hat. Damit ist zugleich die englische Meldung von einem erfolgreichen Angriff der Chinesen auf die Eingeborenen, Stadt von Tientsin am Mittwoch, 1. August, ohne Weiteres unterbreitet, denn die Ereignisse würden, wie schon herangezogen, selbstredend nicht nach Norden abwärts sein, wenn die den Feind noch im Süden hätten. Freilich wird vielen Aufseher nach der Nachricht nach Peking mit vielen Schwierigkeiten und großem Unterliegen verbunden sein, denn allenthalben stehen unterwegs feindliche Truppenkörper, die Widerstand zu leisten beabsichtigen. Schon am zweiten Tage des Vormarsches, also am Sonntag, 5. August, hat ja, wie bereits erwähnt, ein Gefecht bei Weifang sich entpinnen, das in seinem Ausgange noch immer nicht ausdrücklich bekannt ist, zweifellos aber den Verbündeten schwere Verluste gebracht hat. Ueber die Haltung der Chinesen liegen folgende, mit schwerer Sorge erfüllende Nachrichten vor:

Washington, 7. Aug. Von dem General Chaffee ist folgendes Telegramm aus Tientsin vom 3. Aug. eingetroffen: Heute wurde in einem Fortem desloffen, am Sonntag eine Schlacht zu liefern. Die Chinesen sind in Peking und sind und weislich davon verabschiedet. Der Rest der Chinesen ist durch die Ueberfluthung von Grund und Boden gedekt und thatsächlich unangarirt. Die Japaner, die Engländer und die Amerikaner, etwa 10000 Mann stark, griffen weislich vom Fluße den rechten Flügel der Chinesen in der Flanke an. Die anderen Truppenkörper, Franzosen und Russen, etwa 4000 Mann stark, gingen auf der entgegengesetzten Seite zwischen dem Fluß und der Walllinie vor.

Die Stellung der Chinesen ist ansehnlich stark. Ein einzelnes Heer von angeblich 30000 Mann befindet sich zwischen Peking und Tangjium, am Uebergang der Straße über den Weibo; das Ziel dieses Heeres ist Tangjium. Die amerikanischen Streitkräfte befinden sich auf etwa 2000 Mann mit einer Batterie. Das letzte Kavallerie-Regiment bleibt in Tientsin zum Schutz der Stadt, bis die Werke eintreffen. Die Geblenden waren am 28. Juli in Peking wohlbekannt.

London, 7. August. Einer Meldung der „Daily Mail“ aus Shanghai vom 5. August zufolge hat General G. a. l. e. b. e. r. bessere Artillerie verlangt. Admiral B. e. r. e. t. o. r. erklärt, daß er nicht über eine genügende Anzahl von Offizieren verfüge.

Dem „Standard“ wird aus Shanghai vom 5. August gemeldet:

